

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [MarkenG: Störung der kennzeichenrechtlichen Gleichgewichtslage](#)
Urteil 14.04.2011, I ZR 41/08
2. [GmbHG: Geltung des Sacheinlageverbots](#)
Beschluss 19.04.2011, II ZB 25/10
3. [KHEntgG, KHG: Geltung des Krankenhausentgeltrechts für Privatkran-
kenanstalt](#)
Beschluss 21.04.2011, III ZR 114/10
4. [BBergG, ThürEG: Entschädigung bei Autobahnneubau](#)
Urteil 14.04.2011, III ZR 229/09
5. [ZVG: Bietvollmachten von Sparkassenvorständen](#)
Beschluss 07.04.2011, V ZB 207/10
6. [WEG: Änderung des Umlageschlüssels](#)
Urteil 01.04.2011, V ZR 162/10
7. [ZPO: Nachholung der Berufungszulassung](#)
Beschluss 12.04.2011, VI ZB 31/10
8. [BGB: zahnärztlicher Behandlungsfehler als vertragswidriges Verhalten](#)
Urteil 29.03.2011, VI ZR 133/10
9. [ZPO: gerichtlicher Hinweis auf fehlende Zuständigkeit des Berufungsge-
richts](#)
Beschluss 20.04.2011, VII ZB 78/09
10. [ZPO: Aufrechnung mit Klageforderung gegen Kostenerstattungsanspruch](#)
Urteil 13.04.2011, VIII ZR 106/10
11. [BGB, ZPO: Pfändung in eigene Schuld zur Verrechnung](#)
Urteil 10.03.2011, IX ZR 82/10
12. [PatG: Anspruch auf rechtliches Gehör im Einspruchsverfahren](#)
Beschluss 12.04.2011, X ZB 1/10
13. [PatG: Technizität von Erfindungen im Rahmen der elektronischen Daten-
verarbeitung](#)
Urteil 24.02.2011, X ZR 121/09
14. [BGB, EGBGB: Verjährungshemmung von Ansprüchen aus einem Ver-
braucherdarlehen](#)
Urteil 05.04.2011, XI ZR 201/09
15. [ZPO: Übermittlung der Berufungsbegründung per Telefax](#)
Beschluss 06.04.2011, XII ZB 701/10
16. [BGB: Voraussetzungen einer Kontrollbetreuung](#)
Beschluss 30.03.2011, XII ZB 537/10

Urteile und Beschlüsse:

1. MarkenG: Störung der kennzeichenrechtlichen Gleichgewichtslage

Urteil 14.04.2011, I ZR 41/08

MarkenG § 15 Abs. 2, § 23 Nr. 1, § 26 Abs. 1 und 3 Satz 1 und 2, § 49 Abs. 1, § 51 Abs. 1, § 55 Abs. 1

a) Haben die Parteien ihre gleichlautenden Unternehmenskennzeichen jahrzehntelang unbeanstandet nebeneinander benutzt und besteht deshalb eine kennzeichenrechtliche Gleichgewichtslage, auf die die Grundsätze des Rechts der Gleichnamigen anzuwenden sind, kann nur ausnahmsweise und unter engen Voraussetzungen eine Partei die Unternehmensbezeichnung auch als Marke eintragen lassen. Das allgemeine Interesse der Partei an einer zweckmäßigen und wirtschaftlich sinnvollen markenmäßigen Verwendung der Unternehmensbezeichnung reicht hierzu nicht aus.

b) Eine kennzeichenrechtliche Gleichgewichtslage wird im Regelfall auch dann in unzulässiger Weise gestört, wenn eine Partei bereits über eine markenrechtliche Position verfügt und diese durch weitere Markeneintragungen verfestigt. Darauf, ob die zusätzlich eingetragenen Marken den kennzeichnenden Charakter der bereits vorhandenen Marken im Sinne von § 26 Abs. 3 Satz 1 MarkenG nicht verändern, kommt es nicht an.

c) Der Schutz des Unternehmenskennzeichens setzt nicht voraus, dass die kollidierende Bezeichnung firmenmäßig benutzt wird; eine Verwendung als Produktkennzeichnung kann für eine rechtsverletzende Benutzung im Sinne von § 15 Abs. 2 MarkenG genügen.

2. GmbHG: Geltung des Sacheinlageverbots

Beschluss 19.04.2011, II ZB 25/10

GmbHG § 5a

Das Sacheinlagenverbot nach § 5a Abs. 2 Satz 2 GmbHG gilt für eine den Betrag des Mindestkapitals nach § 5 Abs. 1 GmbHG erreichende oder übersteigende Erhöhung des Stammkapitals einer Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) nicht.

3. KHEntgG, KHG: Geltung des Krankenhausentgeltrechts für Privatkrankenanstalt

Beschluss 21.04.2011, III ZR 114/10

KHEntgG § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2, § 17 Abs. 1, KHG § 5 Abs. 1 Nr. 2, GewO § 30 Abs. 1

Errichtet der Träger eines Plankrankenhauses als Alleingesellschafter eine GmbH, die auf dem Gelände des Plankrankenhauses eine Privatkrankenanstalt für Privatpatienten betreibt, unterliegt diese Privatkrankenanstalt auch dann nicht den Bestimmungen des Krankenhausentgeltrechts, wenn sie ihre Patienten mit Hilfe der apparativen Ausstattung und unter Einsatz von Ärzten des Plankrankenhauses behandelt.

4. BBergG, ThürEG: Entschädigung bei Autobahnneubau

Urteil 14.04.2011, III ZR 229/09

GG Art. 14 (Ea), BBergG § 3 Abs. 2 Satz 1, § 124 Abs. 4, ThürEG § 8 Abs. 2 Nr. 1

Bei der Bemessung der Enteignungsentschädigung für Grundstücke, die als Ausgleichsflächen für den Neubau einer Bundesautobahn in Anspruch genommen werden, ist der Wert der unter ihrer Oberfläche befindlichen grundeigenen Bodenschätze mit zu berücksichtigen. Die aus § 124 Abs. 4 BBergG folgende Beschränkung der Entschädigung ist in dieser Fallkonstellation nicht anwendbar.

5. ZVG: Bietvollmachten von Sparkassenvorständen

Beschluss 07.04.2011, V ZB 207/10

BGB § 129, ZPO §§ 415, 417, 418, ZVG § 71 Abs. 2, § 83 Nr. 1

a) Der Nachweis der Vertretungsmacht nach § 71 Abs. 2 ZVG kann durch öffentliche Urkunden nach §§ 415, 417, 418 ZPO geführt werden. Die öffentliche Form ersetzt die in § 71 Abs. 2 ZVG bezeichnete öffentliche Beglaubigung nach § 129 BGB.

b) Die nach Landesrecht als Behörden geltenden Sparkassenvorstände können unterschriebene und mit ihrem Stempel versehene Bietvollmachten in öffentlichen Urkunden ausstellen.

c)Die fehlerhafte Bezeichnung einer Nebenforderung des zu vollstreckenden Anspruchs im Anordnungs- oder Beitrittsbeschluss des Vollstreckungsgerichts stellt keinen Zuschlagsversagungsgrund nach § 83 Nr. 1 i.V.m. § 43 Abs. 2 ZVG dar.

6. WEG: Änderung des Umlageschlüssels

Urteil 01.04.2011, V ZR 162/10

WEG § 16 Abs. 3

Bei der Änderung eines Umlageschlüssels nach § 16 Abs. 3 WEG steht den Wohnungseigentümern ein weiter Gestaltungsspielraum zu.

7. ZPO: Nachholung der Berufungszulassung

Beschluss 12.04.2011, VI ZB 31/10

ZPO § 511 Abs. 4

a)Hat das erstinstanzliche Gericht keine Veranlassung gesehen, die Berufung nach § 511 Abs. 4 Satz 1 ZPO zuzulassen, weil es von einer Beschwer der unterlegenen Partei ausgegangen ist, die 600 € übersteigt, muss das Berufungsgericht, wenn es von einer geringeren Beschwer ausgeht, die Entscheidung darüber nachholen, ob die Voraussetzungen für die Zulassung der Berufung nach § 511 Abs. 4 Satz 1 ZPO erfüllt sind.

b)Hätte das erstinstanzliche Gericht die Berufung zulassen müssen, kann das Rechtsbeschwerdegericht die Zulassung nachholen.

c)Die Niederschrift der in einem Strafverfahren protokollierten Zeugenaussagen kann im Wege des Urkundenbeweises in den Zivilprozess eingeführt werden.

8. BGB: zahnärztlicher Behandlungsfehler als vertragswidriges Verhalten

Urteil 29.03.2011, VI ZR 133/10

BGB § 628 Abs. 1 Satz 2 Fall 2

a)Bei einem (zahn-)ärztlichen Behandlungsvertrag setzt der Verlust des Vergütungsanspruchs wegen vertragswidrigen Verhaltens nach § 628 Abs. 1 Satz 2 Fall 2 BGB nicht voraus, dass das vertragswidrige Verhalten als schwerwiegend oder als wichtiger Grund im Sinne des § 626 BGB anzusehen ist.

b)Ein geringfügiges vertragswidriges Verhalten lässt die Pflicht, die bis zur Kün-

c) Ein (zahn-)ärztlicher Behandlungsfehler kann vertragswidriges Verhalten im Sinne des § 628 Abs. 1 Satz 2 Fall 2 BGB sein.

Auf die Revision der Klägerin wird das Urteil des 22. Zivilsenats in Darmstadt des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. vom 22. April 2010 aufgehoben.

Die Sache wird zur neuen Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Revisionsverfahrens, an das Berufungsgericht zurückverwiesen.

9. ZPO: gerichtlicher Hinweis auf fehlende Zuständigkeit des Berufungsgerichts

Beschluss 20.04.2011, VII ZB 78/09

ZPO §§ 85 Abs. 2, 233 D

Kann der Vorsitzende des Berufungsgerichts anlässlich der Aktenvorlage zur Vornahme prozessleitender Verfügungen ohne weiteres und einwandfrei erkennen, dass die örtliche Zuständigkeit des Berufungsgerichts unter keinem Gesichtspunkt eröffnet ist und veranlasst er gleichwohl nicht die noch rechtzeitig mögliche Einlegung der Berufung beim zuständigen Berufungsgericht, ist der Anspruch des Rechtsmittelführers auf ein faires Verfahren verletzt. Ein Verschulden der Partei oder ihres Prozessbevollmächtigten (§ 85 Abs. 2 ZPO) an der Fristversäumung wirkt sich dann nicht mehr aus, so dass der Partei Wiedereinsetzung zu gewähren ist (im Anschluss an - VIII ZB 20/09, NJW 2011, 683).

10. ZPO: Aufrechnung mit Klageforderung gegen Kostenerstattungsanspruch

Urteil 13.04.2011, VIII ZR 106/10

ZPO §§ 269, 767

Rechnet der Kläger nach Zurücknahme der Klage gegen den Kostenerstattungsanspruch des Beklagten mit einer Forderung auf, die Gegenstand der zurückgenommenen Klage war, so steht der Zulässigkeit einer hierauf gestützten Vollstreckungsgegenklage die Einrede der mangelnden Kostenerstattung nicht entgegen, wenn die Forderung des Klägers unstreitig ist (Abgrenzung zu BGH, Urteile vom 9. Juli 1986 - VIII ZR 283/85, NJW-RR 1987, 61; vom 24. März 1992 - XI ZR 223/91, NJW 1992, 2034).

11. BGB, ZPO: Pfändung in eigene Schuld zur Verrechnung

Urteil 10.03.2011, IX ZR 82/10

BGB §§ 280, 675 Abs. 1, ZPO §§ 829, 835, 836, 767 Abs. 2, BGB § 289

Der Prozessvertreter des Beklagten verletzt seine Pflichten aus dem Anwaltsvertrag, wenn er die Pfändung und Überweisung der Klageforderung an seine Partei nicht geltend macht.

a) Die Pfändung in eigene Schuld ist jedenfalls dann zulässig, wenn sie dazu dient, dem Gläubiger die Verrechnung in den Fällen zu ermöglichen, in denen die allgemeinen Aufrechnungsvoraussetzungen nicht vorliegen oder die Aufrechnung aus prozessualen Gründen unstatthaft ist.

b) Für die Einziehung der gepfändeten Forderung in eigene Schuld reicht es aus, dass der Vollstreckungsgläubiger und Drittschuldner gegenüber dem Vollstreckungsschuldner erklärt, die wechselseitigen Forderungen zu verrechnen.

12. PatG: Anspruch auf rechtliches Gehör im Einspruchsverfahren

Beschluss 12.04.2011, X ZB 1/10

PatG § 100 Abs. 3 Nr. 3, GG Art. 103 Abs. 1

Hält das Patentgericht den Gegenstand eines mit dem Einspruch angegriffenen Patents im Hinblick auf eine Entgegenhaltung für nahegelegt, die bereits im Erteilungsverfahren berücksichtigt worden ist und in der Einspruchsbegründung zwar angeführt, aber eher beiläufig behandelt wird, reicht es zur Wahrung des Anspruchs auf rechtliches Gehör grundsätzlich aus, wenn dem Patentinhaber in der mündlichen Verhandlung ein entsprechender Hinweis erteilt wird.

13. PatG: Technizität von Erfindungen im Rahmen der elektronischen Datenverarbeitung

Urteil 24.02.2011, X ZR 121/09

PatG § 1 Abs. 1, Abs. 3 Nr. 3, Abs. 4

a) Bei Erfindungen mit Bezug zu Geräten und Verfahren (Programmen) der elektronischen Datenverarbeitung ist zunächst zu klären, ob der Gegenstand der Erfindung zumindest mit einem Teilaspekt auf technischem Gebiet liegt (§ 1 Abs. 1 PatG). Danach ist zu prüfen, ob dieser Gegenstand lediglich ein Programm für Datenverarbeitungsanlagen als solches darstellt und deshalb vom Patentschutz ausge-

fung ergibt, dass die Lehre Anweisungen enthält, die der Lösung eines konkreten technischen Problems mit technischen Mitteln dienen.

b) Ein Verfahren, das der datenverarbeitungsähnlichen Abarbeitung von Verfahrensschritten in netzwerkmäßig verbundenen technischen Geräten (Server, Clients) dient, weist die für den Patentschutz vorauszusetzende Technizität auch dann auf, wenn diese Geräte nicht ausdrücklich im Patentanspruch genannt sind.

14. BGB, EGBGB: Verjährungshemmung von Ansprüchen aus einem Verbraucherdarlehen

Urteil 05.04.2011, XI ZR 201/09

BGB § 497 Abs. 3 Satz 3, EGBGB Art. 229 § 6 Abs. 1

a) Die Verjährung von Ansprüchen des Darlehensgebers gegen den Darlehensnehmer aus einem Verbraucherdarlehensvertrag, die vor dem 31. Dezember 2001 entstanden sind und zu diesem Zeitpunkt noch nicht verjährt waren, wird gemäß § 497 Abs. 3 Satz 3 BGB i.V.m. Art. 229 § 6 Abs. 1 Satz 1 EGBGB ab dem 1. Januar 2002 gehemmt.

b) Die Verjährungshemmung nach § 497 Abs. 3 Satz 3 BGB erfasst sowohl die in den Darlehensraten enthaltenen Tilgungsanteile, Vertragszinsen und Bearbeitungsgebühren als auch die Verzugszinsen.

15. ZPO: Übermittlung der Berufungsbegründung per Telefax

Beschluss 06.04.2011, XII ZB 701/10

ZPO §§ 233 B, 522 Abs. 1 Satz 4

Scheitert der Versuch, die Berufungsbegründung per Telefax an das Berufungsgericht zu übersenden, und lässt sich nicht ausschließen, dass der Grund hierfür ist, dass das Empfangsgerät mit anderen Telefaxsendungen belegt ist, darf der Berufungsführer seine Übermittlungsversuche nicht vorschnell aufgeben (im Anschluss an BGH Beschluss vom 11. Januar 2011 - VIII ZB 44/10 - [...]).

16. BGB: Voraussetzungen einer Kontrollbetreuung

Beschluss 30.03.2011, XII ZB 537/10

BGB § 1896 Abs. 3

Zu den Voraussetzungen einer Kontrollbetreuung bei Vorliegen einer wirksamen Vorsorgevollmacht.

